

Neuer Hochheimer Stadtscheiter

Amthches Organ



1. Stadt Hochheim

Ergeint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hirschheim, Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Kallenderstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: In den 6-gespaltene Colonnellen oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Colonnelle 30 Pf. Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postkonton 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 144.

Donnerstag, den 16. Dezember 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Das Reichskabinett ist zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht des Außenministers über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen.

Nach den Beschlüssen des Ministerrates des Reichstages wird am Donnerstag und Freitag die große politische Debatte stattfinden, jedoch nur über Außenpolitik und Reichswehrfragen. Über etwa vorliegende Vertrauens- oder Misstrauensanträge wird am Freitag abgestimmt werden. Ob die Sozialdemokraten von sich aus ein Misstrauensvotum einbringen werden, wird von dem Verlauf der Debatte abhängen. Am Freitag wird sich der Reichstag bis zum 19. Januar verlagern.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Zubeil ist schwer erkrankt. Er wurde in beschleunigtem Zustande in das Berliner Urban-Krankenhaus gebracht. Sein Zustand gibt zu ernststen Besorgnissen Anlass. Zubeil steht im 79. Lebensjahre.

Nach einer Meldung aus Berlin steht der deutsch-italienische Schiedsvertrag kurz vor dem Abschluss. Er wird sich durchaus dem Charakter der übrigen Verträge dieser Art anpassen, die wie bereits mit anderen Mächten abgeschlossen haben.

Dem Reichsverkehrsminister Dr. Krahne wurde von der Technischen Hochschule Braunschweig die Würde des Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen.

Der Schulkreuzer „Emden“ ist am 14. Dezember von Langenort nach Las Palmas in See gegangen. Der Schulkreuzer „Hamburg“ ist am 13. Dezember in der Suda-Bucht auf Krete angekommen.

Der frühere französische Offizier Tabid, der sich in Deutschland aufgehalten hat und gegen den ein Verfahren wegen Spionage eingeleitet wurde, ist aus Deutschland ausgewiesen und den französischen Behörden übergeben worden. Er wird gegenwärtig in Belgien in Haft gehalten.

Nach einer Meldung aus Paris befindet sich die Kaiserin in Situa von Österreich augenscheinlich infolge ihrer Erledigung persönlicher Angelegenheiten.

Die politische Lage nach Genf.

In Berliner maßgebenden Kreisen beschäftigt man sich nach der Rückkehr des Reichsaussenministers Dr. Stresemann aus Genf natürlich sehr eifrig mit der Frage, was nun geworden ist, beziehungsweise, was werden wird. In Genf standen in der Hauptsache zwei Fragen zwischen Deutschland und den Alliierten und eine zwischen Deutschland und dem Völkerbund zur Erörterung. Zunächst war das Untersuchungsprotokoll Gegenstand eingehender Beratungen. Ehe der Vertrag von Locarno paradiert worden ist, hat die damalige deutsche Delegation ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, daß ihre Parner ihre politische Arbeit über die Untersuchung gaben. Es ist der deutschen Delegation häufig zum Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht einen noch größeren Wert auf schriftliche Abmachungen gelegt habe, weil ein Befehl der Kabinette alles umwerfen könnte.

Im Völkerbundsrat habe sich keine Schwierigkeit ergeben. Dabei gibt es in der Frage der Untersuchung auch nicht einen Punkt, in dem die deutsche Auffassung nicht anerkannt und durchgedrungen wäre. Ebenso wenig geht die Militärkontrolle unter irgendwelchen dem bisherigen Zustand ähnlichen Bedingungen auf den Völkerbund über.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über den zweiten Fragenkomplex, der sich auf die Internationalisierter Kontrollkommission bezog. Das zeigt am deutlichsten der schwere Kampf, der in dem Telegrammwechsel zwischen Paris und Genf zum Ausdruck kam. In Genf haben die Verhandlungen trotz Verzögerungen und trotz aufregender Momente nach der übereinstimmenden Auffassung der Delegationen, der sich auch das Reichskabinett anschließen dürfte, unter dem Standpunkt vollkommener Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Lieber zwei Fragen von großer Wichtigkeit ist man jetzt noch nicht einig geworden. Es ist deshalb auch nicht richtig, daß der deutsche Außenminister in der Frage des Kriegsgesetzes Konzeptionen für die Ausfuhr von Salzberg gemacht hat. Gerade in dieser Frage hat sich die Lage zu unseren Gunsten entwickelt, indem bei den kommenden diplomatischen Verhandlungen nicht mehr die Exportfrage im Vordergrund stehen wird.

Ueber „Die Lage nach Genf“ schreibt Jacques Bainville in der Pariser „Liberte“, man müsse vernünftigerweise erwarten, daß Stresemann, nachdem er für den 31. Januar 1927 das Ende der Militärkontrolle durchgesetzt habe, bis zu diesem Zeitpunkt warten werde, um die Räumung des linken Rheinufer zu fordern. Seine übrigens sehr gute Methode besteht darin, nichts zu überstürzen, sondern Schritt für Schritt vorwärts zu gehen und einen Erfolg nach dem anderen davon zu erwarten, kurz gesagt, nach der Formel von Bonaparte, die Artillerie zu entblättern. In Genf sei von einer Räumung der Rheinflände nicht die Rede gewesen. Aber wenn die Kontrolle aufgehoben sein werde, dann werde die Forderung berechtigt sein, die vollständige Befreiung seines Gebietes vor Ablauf der Zeit festzusetzen. Er werde nicht zögern, dies zu tun, und binnen sechs Monaten werde auch diese Angelegenheit erledigt sein.

Die Reichswehrfrage.

Forderungen der Demokraten.

Die Vertreter der demokratischen Reichstagsfraktion haben den übrigen Regierungsparteien in der Reichswehrfrage eine Entschlieung zur Aenderung und Zustimmung vorgelegt, von deren Annahme oder Ablehnung die Demokraten ihre weitere Mitwirkung innerhalb der Regierungskoalition abhängig machen wollen.

Die Demokraten fordern in dieser Entschlieung u. a., daß endgültig dafür gesorgt zu den müsse, daß die Reichswehr jede Beziehung zu den Rechtsverbänden löst. Es wird weiter gefordert, daß Bestimmungen getroffen werden, wonach jeder Verkehr von Reichswehrangehörigen mit solchen Organisationen als Dienstvergehen betrachtet und behandelt werden müsse. Ferner ist vorgesehen, daß die Entpolitisierung der Reichswehr durch Unterricht und durch Ansprachen eine Förderung erfahren soll.

Außerdem wird in dieser Entschlieung der Erlass einer Verordnung gefordert, in der festgelegt ist, daß bei Erlass von Verfügungen wie von Mannschaften neu eingestellte Leute auf dem Boden der Verfassung stehen. Ferner ist in dieser Entschlieung ein Erlass der Reichsregierung an die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr verlangt, in dem unbedingt Achtung vor den Hoheitszeichen der deutschen Republik gefordert und ihre Wahrung als unbedingte Notwendigkeit bezeichnet wird. Die anderen Regierungsparteien haben zu der Angelegenheit noch nicht endgültig Stellung genommen.

Die Ruhrkredite.

Eine objektive Staatsüberschreitung.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuh für die Ruhrkredite trat zu einer Sitzung zusammen, in der die Ergebnisse seiner Untersuchungen festgestellt wurden. Der Vorsitzende Abg. v. Lindemann-Wildau (Zent.) verlas zunächst die Richtlinien für die Beisatzfassung, nach denen festgestellt werden sollte, welchen Charakter die Verhandlungen zwischen der sogenannten Sechser-Kommission und dem Ruhrbergbau gehabt haben.

In dem diesbezüglichen Vorschlag des Vorsitzenden heißt es, daß die nach Aufgabe des passiven Widerstandes und nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung zwischen den Vertretern des Ruhrbergbaus und der Reichsregierung auf Anregung der letzteren geführten Verhandlungen zu Abmachungen geführt haben, die dem Ruhrbergbau einen privatrechtlich einlagbaren Anspruch auf Währungsleistung der von ihm verauslagten Summen und gehaltenen Unkosten nach dem Willen der beiden Vertragsparteien gewährten.

Nach längerer Debatte, in der u. a. Ministerialdirektor v. Brandt hervorhebt, daß die Regierung das Vorliegen einer Staatsüberschreitung durchaus nicht anerkenne, sie vielmehr bestritten habe, stellt der Vorsitzende fest, daß der Ausschuh sich darin einig sei, daß eine objektive Staatsüberschreitung vorliegen habe, daß aber subjektive Vorwürfe in seiner Weise erhoben werden. Bei der Abstimmung wird zunächst unter Ablehnung kommunistischer Vorschläge der Vorlage des Abg. Dr. Berg (Zent.) mit den Änderungen des Abg. Esser (Zent.) betreffend die rechtlich verbindende einlagbare Verpflichtung des Reiches angenommen. Festgestellt wurde eine objektive Staatsüberschreitung mit acht kommunistischen, sozialdemokratischen und demokratischen Stimmen gegen sechs Stimmen der Reichsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung bei Stimmenthaltung der vier Zentrumsmitglieder. Hierauf vertagte sich der Ausschuh, um seine Schlusfeststellungen treffen zu können.

Die Friedensaktion 1917.

Rühlmann vor dem Ausschuh.

Im Untersuchungsausschuh des Reichstages für die Friedensmöglichkeiten wurde Staatssekretär a. D. v. Rühlmann als Zeuge vernommen. Er soll sich zunächst über dieselben Fragen äußern, die am Dienstag dem Reichskanzler Michaelis vorgelegt worden sind. Staatssekretär a. D. von Rühlmann erklärte:

Die begeisterte Erregung im deutschen Volke kam daher, daß sich der Glaube bildete, es habe eine greifbare Friedensmöglichkeit bestanden und sie sei durch fahrlässiges oder schuldhaftes Handeln oder Unterlassungen der Reichsregierung verkannt worden. Rühlmann gibt dann einen Überblick über die Ereignisse und weist darauf hin, daß auf französischer Seite damals nie die leiseste Geneigtheit zum Frieden bestanden habe. Ob auf englischer Seite eine Geneigtheit vorhanden war, müsse sehr zweifelhaft erscheinen. Immerhin sei es aber möglich, daß gewisse Unterstützungen der englischen Regierung einer Fühlungnahme durch den Völkerbund nicht abweichend gegenüberstanden, da, wie sich auch in der jetzigen Tagespolitik noch häufig zeige, in England weitere Gesichtspunkte herrschten, als bei einem Teil der französischen Staatsmänner. Mit der Erklärung des französischen Außenministers, daß er sich unter keinen Umständen auf den Weg der offenen Feindschaft einlassen werde, war die Angelegenheit damals vollkommen abgeklärt.

Bei meinem Antritt habe ich dem Reichskanzler Dr. Michaelis präzise erklärt, daß ich die militärische und innere Situation so beurteile, daß ich es für unbedingt nötig halte, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen. Unsere politischen Verhältnisse waren jedoch überaus schwierig, da ein neuer Faktor, die Oberste Heeresleitung, entstanden war.

Es wurde damals beschlossen, durch eine geeignete neutrale Persönlichkeit feststellen zu lassen, ob bei England irgend welche Friedensgeneigtheit bestünde. Es war vollkommen klar, daß neben der elch-lothringischen Frage, die anscheinend im Hintergrunde stand, aber an Bedeutung alle anderen übertrage, der belgischen die Hauptbedeutung zukam. Wir waren bereit, die Unverletzlichkeit bindend diplomatisch zuzugestehen, aber wesentliche Teile der öffentlichen Meinung und der Obersten Heeresleitung waren Belgien gegenüber annektonisch eingestellt. Sie forderten mindestens eine politische und industrielle Durchdringung des Gebietes, was ich von vornherein für ausgeschlossen hielt. Trotz der

Beschlüsse des Kronrats

im Schloß Bellevue hat sich die Oberste Heeresleitung auch später wieder auf annektonistische Pläne eingestellt, weil sie meinte, die Beschlüsse hätten nur für das laufende Jahr Geltung gehabt. Ich hatte den Eindruck, daß zur Zeit der päpstlichen Friedensaktion bereits eine verbindende Versprechung Englands bezüglich Elch-Lothringens Frankreich gegenüber vorlag. Alle Pläne, den Reichstag nach Hause zu jagen und diktatorisch zu regieren, hielt ich für absoluten Wahsinn. Ich habe vielmehr dem Kaiser gesagt, daß man schrittweise zu einer parlamentarischen Regierung kommen müsse. Die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler, insbesondere der Eintritt des Herrn v. Bahr in das Reichskabinett, war eigentlich der entscheidende Schritt im Sinne der Parlamentarisierung der Regierung. Neben den offiziellen Verhandlungen sind selbstverständlich auch halbamtliche, vertrauliche und private Korrespondenzen eingegangen. Wie die Sozialdemokratische Partei, so hatte auch die katholische Kirche ein weitverzweigtes Netz privater Korrespondenzen.

Das Völkerbundsgericht.

Zur Beilegung von Streitigkeiten.

Mit der Unterzeichnung des Protokolls des ständigen internationalen Gerichtshofes durch Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist Deutschland auch Mitglied des Völkerbundsgerichts geworden. Deutschland hat bei der Unterzeichnung nicht jene Klausel unterzeichnet, die bestimmt, daß unter allen Umständen alle Streitigkeiten vor den ständigen internationalen Gerichtshof gebracht werden. Diese Klausel ist überhaupt nur von einer Anzahl kleinerer Staaten unterzeichnet worden, während Großmächte sich bisher zur Unterzeichnung nicht bereitgefunden haben. Deutschland hat nunmehr die Pflicht, zu den Kosten des Gerichtshofes beizutragen. Es besteht gleichzeitig aber auch die Möglichkeit, daß deutsche Vertreter in den Haager Gerichtshof entsandt werden.

Politische Tagesschau.

Stresemanns Vortrag bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing den Reichsaussenminister Dr. Stresemann zum Vortrag über die Genfer Konferenz. Im Verlauf der sich hieran anschließenden Unterhaltung sprach der Reichspräsident mit Worten des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsaussenministers seine Befriedigung über die in Genf erreichten Fortschritte aus. Er gab zugleich der Erwartung Ausdruck, daß auch die noch offenen Fragen in Bälde einer guten Lösung zugeführt werden.

Die Vorkriegsstände vor dem Haushaltsausschuh des Reichstages. In seiner letzten Sitzung wandte sich der Haushaltsausschuh des Reichstages der Beratung eines Gesetzwurpes über Anrechnung der Vorkriegsstände und Verwendung von Wartegeldempfängern zu. Die Reichsregierung hielt es für angezeigt, eine gezielte Möglichkeit für die Veranlagung der Wartegeldempfänger zur vorübergehenden Beschäftigung zu schaffen. Bei der großen Anzahl von Wartegeldbesamten müsse jeweils Verringerung der öffentlichen Ausgaben darauf bedacht genommen werden, die Wartegeldlast durch weniger Veranlagung der Wartegeldempfänger einzuschränken. Der Ausschuh verlängerte die gegenwärtig geltenden Bestimmungen über die Anrechnung der Vorkriegsstände und Verwendung von Wartegeldempfängern bis zum 1. Juli 1927.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat zu einer Sitzung zusammen, in der sie sich mit innerpolitischen Fragen beschäftigte. In erster Linie befahte sie sich mit den Forderungen einzelner Landestteile zu dem sogenannten „Sofort-Program“ und trat mit Mehrheit diesen Forderungen unter der Voraussetzung bei, daß der Rest der von den Vertretern der Landestteile geforderten Summen, der über die von der Regierung in Aussicht genommene Summe von 32 Millionen Mark hinausgeht, im Jahr 1927 bewilligt werden wird. Ferner wurde die Reichswehrfrage erörtert und die Grundgedanken der von den Demokraten den übrigen Regierungsparteien unterbreiteten Entschlieung befürwortet, wenngleich ihre Formulierung und ihr Inhalt noch einer Nachprüfung bedürfte. Mit dieser Aufgabe wurde eine besondere Kommission der Zentrumsfraktion beauftragt.

Aus Nah und Fern.

Wiesbaden. (Die Frage der Ausverkauf.) Gegen die Konsumfinanzierung. Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer hielt es für zweckmäßig, daß die Kammer eine Aussprache mit der Staatsanwaltschaft und den zuständigen Polizeibehörden herbeiführt, um ein gemeinsames Vorgehen bei Verstößen gegen die Ausverkaufsverordnung und das Reichsgezet gegen den unlauteren Wettbewerb zu ermöglichen. Auch erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß in die Bescheinigungen der Kammer über die Anmeldung der Ausverkäufe ein Vermerk über deren Dauer aufgenommen wird. Gleich dem Einzelhandelsausschuß steht auch die Vollversammlung dem Problem der Konsumfinanzierung durchaus ablehnend gegenüber. Die Wirkung, die man sich von der Konsumfinanzierung versprochen hat, können durch die bisher bekannt gewordenen Systeme nicht erreicht werden. Es sei vielmehr eine Verleumdung der Waren, ein Sinken der Kaufkraft und eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zu befürchten. Man müsse sich auch davor hüten, ein System des Vergünstigens zu schaffen und die Vorteile des Barverkaufs preiszugeben. Weiterhin beschloß die Versammlung, sich mit allen Mitteln gegen ein Weiterbestehen der Gemeindegewerbesteuer einzusetzen.

Dillenburg. (Rabeneltern.) Wegen jahrelanger Mißhandlung ihrer beiden Kinder wurden die Eheleute August Witten in Kirden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Die Kinder mußten im Keller schlafen, bekamen nichts zu essen und mußten dann stundenlang auf dreifüßigen Holzern sitzen.

Bad Ems. (Kirchenjubiläum.) In Anwesenheit des Bischofs Augustinus Kilius aus Limburg, des Domdekan Dr. Hilpisch und der Vertreter der weltlichen Behörden der Stadt Bad Ems und der näheren und weiteren Umgebung fand hier das goldene Jubiläum der katholischen Pfarrkirche „St. Martin“ und das silberne Jubiläum des Marienkrankenhauses statt.

Ein Riesentunnel in Berlin geplant. Zur Entlastung des kaum noch zu bewältigenden Verkehrs in der Leipziger Straße hat der Berliner Stadtbaurat Dahn ein Projekt entworfen, das die Verlegung der stark verkehrshindernden Straßenbahn unter die Erde vorsieht. Vom Berliner Rathaus bis zur Potsdamer Brücke soll ein viergleisiger Tunnel angelegt werden, dessen beide innere Gleise von der Untergrundbahn und dessen äußere Gleise von der Straßenbahn befahren werden sollen. Die Untergrundbahn ist als Schnellbahn gedacht und soll auf der genannten Strecke keine Haltestelle erhalten, während für den Kurzstreckenverkehr die unterirdische Straßenbahn sorgen soll. Oberbürgermeister Böhl soll diesem Entwurf zugestimmt haben. Der Magistrat werde sich vermutlich schon im Januar im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Stadterordneten-Versammlung über neue Arbeiten für die Erwerbslosen mit dem Projekt befassen. Gewisse Schwierigkeiten dürften jedoch noch die finanzielle Seite der Sache bringen.

Darmstadt. (Baueiner Straßenbahn entlang der Hessischen Bergstraße?) Dieser Tage fand in Eschheim a. d. Bergstr. eine Besprechung wegen der Weiterführung der elektrischen Straßenbahn von Darmstadt in die Bergstraße statt. Direktor Bohnenberger von der „Reag“ wies darauf hin, daß die Fortführung der Bahn bis Alsbach das Hinterland aufschließe und so zur Zubringerin für die Staatsbahn werde. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, die Bahn von Oberstadt bis Alsbach fortzuführen, mit allen Mitteln aber ihre Weiterführung zu betreiben und nichts unberücksichtigt zu lassen, bis das wichtigste Ziel der Bergstraßenbahn ganz erreicht ist.

Hanau a. M. (Unterschlagung im Amt.) Am Montag nachmittag fand der ehemalige Polizeikommissar Gustav Hölzer vor der Strafkammer in Hanau, der der Veruntreuung und Unterschlagung von amtlichen Geldern bezichtigt ist. Der Angeklagte führte für sich als Milderungsgründe an, daß seine Frau seit der Geburt ihres Sohnes, der jetzt 15 Jahre alt sei, unterleidend wäre und fünfmal operiert werden mußte. Er habe sich in einer Notlage befunden und hätte die Operationskosten bezahlen müssen. Als Zeuge wurde der jetzige Bürgermeister von Feschenheim, Wierich, vernommen. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt, und ihm auf die Dauer von

fünf Jahren die Fähigkeit zur Beleidung eines öffentlichen Amtes abgeprochen. Die Untersuchungskosten wird angerechnet.

Frankfurt a. M. (Festnahme der Komplizen des Fassadenletterers Breh.) Gelegentlich eines Einbruchs konnte der lange gesuchte Einbrecher Arbeiter Hans Breh kürzlich festgenommen werden. In der Zwischenzeit gelang es der hiesigen Kriminalpolizei, hier seine Komplizen, den 30jährigen Schlosser Ferd. Graf und den 27jährigen Arbeiter Wihl. Rees, beide von hier, festzunehmen. Als weiterer Komplize konnte nunmehr auch der Elektrotechniker Wilhelm Siegmann, der mit Breh zusammen aus dem Zuchthaus in Diez ausgebrochen war, festgenommen werden. Breh und Siegmann sind zwei alte Wohnungs- und Billeneinbrecher, die gemeinschaftlich vor ihrer Festnahme eine Reihe von wegen Wohnungseinbrüchen durch Erschleichen der Fassaden begangen haben. Siegmann wurde bei seiner Festnahme, nur mit einem Hemd bekleidet, hinter einem Wandschrank versteckt hervorgeholt, wobei er so überrascht wurde, daß ihm die Handhabung seiner Pistole nicht mehr gelang. Für die Wohnungsinhaber, bei denen die beiden aus dem Zuchthaus entwichenen Einbrecher Breh und Siegmann Unterschlupf gefunden hatten, und die trotz mehrmaliger Aufforderung in der Presse keine Nachricht an die Polizei gelangen ließen, wird die Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da sie sich wegen Begünstigung strafbar gemacht haben.

Frankfurt a. M. (Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen.) Die Stadterordneten beschloßen mit überwiegender Mehrheit die Errichtung eines Ehrenmals für die im Weltkrieg Gefallenen auf dem Hauptfriedhof. Es waren dafür 100 000 Mark beantragt, doch soll geprüft werden, ob sich die Errichtung nicht mit geringeren Kosten durchführen läßt.

Zugunfall. In der Nähe von St. Quentin stieß ein Güterzug auf einen alleinstehenden Wagen, der sich von einem anderen Zuge gelöst hatte. Einige Minuten später fuhr ein Personenzug auf den Güterzug auf. Unter den Trümmern wurden zwei Tote geborgen.

Eine Walther-Rathenau-Stiftung. Die Erben Walther Rathenau haben das seinerzeit von Rathenau erworbene Schloß Freienwalde dem Kreise Oberbarnim geschenkt unter Einräumung eines Kapitals für die Erhaltung des Schlosses. Schloß und Schloßpark sollen als Walther-Rathenau-Stiftung der Allgemeinheit gehören.

Die Tätigkeit des Besuchs. Der Direktor des Besuchs-Observatoriums gibt bekannt, daß in den Krater des Vesuvius in der letzten Zeit annähernd 32 000 Tonnen Wasser infolge starker Regengüsse gefallen seien. Nach den bisherigen Erfahrungen müsse man infolgedessen auf eine baldige regere Tätigkeit des Vesuvius gefaßt sein, die immer noch starken Regengüssen erfolge.

Letzte Nachrichten.

Verlängerung des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues.

Berlin, 15. Dezember. Dem Reichstag ist ein Antrag der Regierungsparteien zugegangen, der auch von den Sozialdemokraten unterstützt ist und der das Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues, dessen Geltungsdauer am 31. Dezember abläuft, bis zum 31. Juli 1927 verlängern will.

Die Überstundenarbeit bei den Behörden.

Berlin, 15. Dezember. In einem Rundschreiben des preussischen Ministers des Innern wird ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Sozialministerien der Länder vom November dieses Jahres den Behörden der inneren Verwaltung zur Kenntnis gegeben, in dem, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, geboten wird, einer ungehinderten Zunahme des Überstundenwesens im Interesse einer möglichst wirksamen Linderung der Lage auf dem Arbeitslosenmarkt entgegenzuwirken. In Fällen, in denen es sich um einen vorübergehenden Mehrarbeitsbedarf handele, wird zu prüfen sein, ob diesem Bedarf durch Einstellung von Auswärtigen begegnet werden kann.

Die Krankenschwester Fleiss begnadigt.

Berlin, 15. Dezember. Die Krankenschwester Wilhelmine Fleiss, die vom Schwurgericht in Frankfurt a. M. wegen Ermordung des praktischen Arztes Dr. Seig zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt war, ist vom preussischen Staatsministerium zu sieben Jahren Gefängnis begnadigt worden.

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.

48. Fortsetzung.

Sie hielt einen Augenblick inne, dann fuhr sie fort: „Seit dem Brautbesuch habe ich kein Wort mehr mit Baldow gesprochen, ich habe ihn nur einige Male auf der Straße gesehen.“

Aus deinen Reuerungen und Fragen glaube ich aber entnehmen zu dürfen, daß zwischen dem Brautpaar etwas nicht stimmt. Und da soll ich natürlich die Schuld tragen! Das ist töricht! Sie lachte ein wenig, dann sprach sie weiter:

„Deine Tochter fürchtet wohl, daß ihr Verlobter mich mehr liebt, als sie! Dann sage ihr nur zur Beruhigung, daß ich es doch nicht so mache, wie sie; sie braucht nicht zu besorgt sein, ihn wieder durch mich oder an mich zu verlieren.“

Hochaufgerichtet stand Edith da; verächtlich ruhten ihre Augen auf dem Mann vor ihr, der ihrem Blick nicht stand zu halten vermochte.

Heiße Röte brannte auf ihrem Gesicht, als sie neben dem Vater niedersank und leise fragte: „Glaubst du mir, Vater?“

Dies sah dieser in die dunklen Sterne, die so voll und groß zu ihm aufstiegen, und mit der weichen, müden Hand strich er leise über das schöne Gesicht seiner Tochter.

„Ich habe nie an dir gezweifelt, mein Kind.“ Gerührt lächelte sie ihm die Hand.

„Ich danke dir Vater!“

Dann stand sie wieder auf.

„Bist du nun befriedigt, Onkel? Jetzt weißt du ja, was du wissen wolltest. Ob du mir glaubst oder nicht, ist mir ganz gleichgültig! Ich hätte es auch für unmöglich gehalten, mich dir gegenüber auf so unsinnige

Werturteilen zu setzen zu rechtfertigen, wenn ich nach dem hier vorgebrachten Behauptung diese Erklärung nicht meinem guten Vater schuldig gewesen wäre.“

Als Herr Bürkner leht das Wort nehmen wollte, war gerade Thantmar nach Hause gekommen und mit der ihm eigenen, lebhaften Art ins Zimmer getreten. Ebenso wie vorher der Vater und die Schwester, war er beim Anblick Hildebrandts betroffen stehen geblieben.

„Du hier — Onkel?“

Edith trat rasch auf ihn zu.

„Gut, daß du kommst, Thantmar! — Du dem Onkel, was du von meinen Beziehungen zu Lucian Baldow weißt.“

Ganz kurz teilte sie dem Bruder mit, was vorhergegangen war und wie Hildebrandt sie in niedriger Weise verächtelt hatte.

Da schlossen die Atern auf Thantmars Stirn did an, und unwillkürlich hielten sich seine Hände.

„Ah, das ist doch stark! Das ist unerhörte!“ stieß er hervor. „Glücklicherweise, liebe Edith, bin ich aber in der Lage, dir eine interessante Mitteilung zu machen, durch welche dir Onkels Verhalten erklärt werden wird!“

Also vor einer halben Stunde ungefähr traf ich Baldow, der mir erzählte, daß er gestern seine Verlobung mit unserer Nichte Martha gelöst habe, weil sich ihm bei dem Mißerfolg seines Schauspiels deren Charakter in wenig schöner Weise gezeigt hat.“

Er sah die Schwester lächelnd an.

„Nicht du, Dita, nun bist du glänzend gerechtfertigt! Und Onkels Besuch war gänzlich überflüssig! Eigentlich ist es sehr schmeichelhaft für dich, daß sie dich so fürchten!“

Dabei lachte er hell auf, daß die weißen Zähne nur so blühten.

Edith stand schweigend da; nur ein tiefer Atem-

zug hob ihre Brust. So bald schon hatte sie Genehmigung bekommen!

Thantmars Lachen reizte den alten Hildebrandt mehr noch, als dessen Worte.

In seiner maßlosen Wut erging er sich in heftigen Schmähungen über die Verwandten.

„Bettelgesellschaft!“ — „Streber!“ — „Bankrotierer!“ — alle möglichen Beleidigungen entkamen dem Gehege seiner Zähne. Er achtete nicht der Einwände des Schwagers; er schrie ihn förmlich tot und suchte mit den Händen in der Luft herum, bis ihn Thantmar kurz entschlossen fest am Arm packte und ihm laut und energisch: „Halt, nicht weiter!“ gebot.

Er maß den kleinen, dünnen Mann mit verächtlichen Blicken, ehe er zornbeugend sagte:

„Ich ersuche dich, sofort zu schweigen, wenn ich nicht vergehen soll, daß du sozusagen — wenn auch ungerufen — als unser Gast hier bei uns weilst! Überdies ist es wohl besser, du gehst, damit du uns unseren guten Vater nicht auch noch krank machst! Denke nur daran, wer und was unsere arme, liebe Mutter in den Tod getrieben hat!“

Da blickte sich der alte Hildebrandt ganz sehr zusammen, als ob er einen Schlag bekommen hätte; unverständliche Worte murmelnd, schlich er hinaus, von allen unbeachtet.

„Ah, das hat wohlgetan! Hätte ich nur meinen Herzen noch mehr Luft machen können, mit Dita hätte ich dem alten Schleicher seine ganze Erbärmlichkeit ins Gesicht geschleudert!“ rief der Jüngling aus.

Und so eine Niedertracht, dich als Grund für Marthas Entlohnung zu betrachten! — Na, Dita, hast du das Essen fertig? Darum wollen wir uns den Appetit nicht verderben lassen. Nach Tisch will ich kommen; wir wollen noch mal 'nen Bummel machen. Morgen früh fährt der nach Heidelberg!“

Fortsetzung folgt.

ber 1926.
en 15. 3.
as.
ischen Gar
Herren en
hnten Bo
Verfamm
men.
Hochheim
itung und
werden.
Gewährung
1500 An.
reitgestellt.
12. wurde
öffentliche
Sigung in
tenheimer
Weinert
105 Grad
leineswegs
überen An
ne Hochh
en wendet
ntgehilfe
en in die
es am
des Er
klärung zu
nicht sein
dazu war
Frage in
vor, daß
en, Freun
auen von
isten und
auch Sieb
auf die
et. Einer
gung der
nft würde
während
schafflich
tiert, daß
ebenfalls
noch voll
tion auch
ein An
so daß
daß die
chtet wer
männ si
ete. Dies
fuchenden
den, weil
bedenke
t, mithin
und be
die unge
ir den die
nmt und
at. Wenn
Bevölke
teresse der
tsverhält
derartige
werden.
B vielach
ideschaft
Gemein
debrannt
beligen
erottent
dem Ge
rste des
diele mit
hantner
laut und
verächtl
enn ich
auch un
1. No
uns un
Pente
Winter
hen zu
tte; un
s, von
meinem
Barnich
s ans.
Rat
halk zu
in App
ab kon
wachen.
reigt.

lichen Versicherung, doch Vorteile aus der Arbeitsleistung erwachsen, sodas ein unzulässiger Betrug vorliegt, der um so schwerer wiegt, da es sich um, durch die Allgemeinheit aufzubringende Hilfsmittel handelt. Dadurch wird zugleich eine allgemeine Erbitterung der übrigen, sehr schlecht bezahlten, im Erwerbsleben stehenden Arbeiter hervorgerufen, die um so berechtigter ist, als diese überwiegend die Mittel zur Finanzierung der Erwerbslosenfürsorge aufbringen müssen. Aus diesem Grunde ist es von jedem Einsichtigen mit Freude zu begrüßen, wenn seitens der Behörde gegen diese Mißstände eingeschritten wird. Es liegt nun an der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Vorgefagten mitzuwirken, daß dieselben unterbunden werden, was der gesamten Volkswirtschaft zum Vorteil gereichen wird.

—r. Vor hundert Jahren. Das Jahr 1926, das nun bald zu Ende geht dürfte in der Geschichte des Weinbaues nicht als ein besonderer Treffer fortleben. Anders war es vor hundert Jahren mit dem Weinjahre 1826. Über daselbe weiß die hiesige alte Schulchronik folgendes zu melden: Im Frühjahr des Jahres 1826 dauerte es sehr lange, bis sich der Frühling einstellen wollte. In der Hälfte des Monats Mai stand der Weinstock noch vollständig kahl da, sodas man keine Hoffnung auf einen gesegneten Herbst hegen konnte. Aber in der letzten Hälfte des Monats Mai änderte sich plötzlich der Witterungscharakter zum Besseren. Es trat eine Hitze ein wie im Monat Juli, die schwere Gewitter verursachte. Die Traubenblüte stellte sich nun bald ein, und bei der warmen Witterung hatten alsbald in einem Zeitraum von 12 Tagen alle Reben in der ganzen hiesigen Gemarkung verblüht. Die ältesten Leute hätten sich nicht eines so schnellen Verlaufes der Traubenblüte zu erinnern gewußt. Da die Witterung günstig blieb, so erfreute man sich eines reichen Herbstes. Das Stief Wein wurde für 300 Gulden verkauft.

Dem hiesigen Haus- und Grundbesitzer-Verein wird uns mit der Bitte um Abdruck geschrieben:

Fristen für Anträge auf Minderung der preussischen Hauszinssteuer bis 31. Dezember 1926. Der Finanzminister hat durch Rundschreiben vom 16. August 1926 von seinem ihm im § 10 der Hauszinssteuer-Verordnung vor-

behaltenen Rechte Gebrauch gemacht und die Anbringung für den Anträge, die eine Herabsetzung der Hauszinssteuer zum Ziele haben. Fristen vorgezeichnet und zwar müssen die Ermäßigungsanträge bis zum 31. Dezember 1926 an den Vorsitzenden des Steueraussschusses (Katasteramt) gerichtet werden. In Rücksicht auf die Wichtigkeit und die bessere Übersicht seien im folgenden nochmals die Fälle aufgezählt, bei welchen Anträge auf Steuerminderung gestellt werden können: 1. Wenn die Friedensmiete des Grundstücks weniger als 6 v. H. des der Veranlagung zur vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zugrunde liegenden Steuerwertes beträgt. Hier kann Herabsetzung der Hauszinssteuer in der Weise gefordert werden, daß sie von einer angenommenen Grundvermögenssteuer von 4 v. H. der Friedensmiete der Gebäude und der zugehörigen Hofräume berechnet wird und zwar ist fristgerechten Anträgen mit Wirkung vom 1. April 1926 stattzugeben. 2. Bei Grundstücken (Grundstücksteilen), die für gewerbliche Zwecke genutzt werden. Hier kann gefordert werden, daß die Steuer von einer angenommenen Grundvermögenssteuer von 4 v. H. des Gebäudesteuer-Wertungswertes berechnet wird. Derartige Anträge ist mit Wirkung vom 1. Juli 1926 ab stattzugeben. 3. Bei Grundstücken, die am 31. Dezember 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 40 v. H. des Friedenswertes belastet waren. Und zwar kann vom Eigentümer Herabsetzung des Steuerbetrages a) bei unbelasteten Grundstücken auf 375 v. H. der Grundvermögenssteuer, b) bei einer Belastung bis zu 10 v. H. des Friedenswertes auf 500 v. H. der Grundvermögenssteuer, c) bei einer Belastung bis zu 20 v. H. des Friedenswertes auf 625 v. H. der Grundvermögenssteuer, d) bei einer Belastung bis zu 30 v. H. des Friedenswertes auf 750 v. H. der Grundvermögenssteuer, e) bei einer Belastung bis zu 40 v. H. des Friedenswertes auf 875 v. H. der Grundvermögenssteuer beantragt werden. 4. Bei der Berechnung der Belastung kann gefordert werden, daß von dem Goldmarkbetrage der eingetragenen dinglichen privatrechtlichen Lasten der Goldmarkbetrag der bis zum 31. Dezember 1918 erfolgten Tilgung abgesetzt wird. 5. Bei denjenigen Grundstücken, deren dingliche privatrechtliche Lasten in der Zeit nach dem 31. Dezember 1918 zu-

rückgezahlt worden sind, kann verlangt werden, daß von dem Goldmarkbetrage der am 31. Dezember 1918 eingetragenen dinglichen privatrechtlichen Lasten der Goldmarkbetrag der Rückzahlung abgesetzt wird, soweit er mehr als 25 v. H. des Goldmarkbetrages der am 31. Dezember 1918 eingetragenen dinglichen privatrechtlichen Lasten beträgt. 6. Bei Einfamilienhäusern mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 Quadratmeter, die bis zum 1. Juli 1918 einschließlich bezugsfertig hergestellt waren und ausschließlich vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden, kann a) Steuerbefreiung verlangt werden, sofern das Einfamilienhaus zu diesem Zeitpunkte mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war; b) Herabsetzung der Steuer um 250 v. H. der Grundvermögenssteuer, jedoch nicht unter 375 v. H. der Grundvermögenssteuer verlangt werden, sofern das Einfamilienhaus zu dem angegebenen Zeitpunkte mit einem Goldmarkbetrage von mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war. Werden die Voraussetzungen erst nach dem 1. Juli 1926 erfüllt, so ist den Anträgen mit Wirkung vom 1. des Monats, in dem der Antrag gestellt wird, stattzugeben. Dies gilt auch für Anträge, die nach dem 31. Dezember 1926 gestellt werden. In allen den vorstehend aufgeführten Fällen müssen die Anträge bis spätestens den 31. Dezember 1926 gestellt werden. Anträge auf Verminderung der Hauszinssteuer um die laufende Geldverpflichtung, die sich aus einer am 13. Februar 1924 auf dem Grundstücke ruhenden privatrechtlichen werbheftändigen Last ergibt, sind innerhalb von 6 Monaten nach Fälligkeit der laufenden Geldverpflichtung zu stellen.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Gefunden:

Ein Portomonnaie ohne Inhalt und mehrere Schlüssel. Die Eigentümer werden ersucht ihre Rechte innerhalb 6 Wochen im Rathause Zimmer Nr. 1 geltend zu machen. Hochheim a. M., den 13. Dezember 1926. Die Polizei-Verwaltung: Arzbächer.

Für die Festtage!

Margarine, Prima	Pfd. 65	Kofosfett lose	Pfd. 60
Latscha's Hochfein	Pfd. 84	Kofosfett in Tafeln	Pfd. 63
Latscha's Gold	1/2 Pfd. 48	Schmalz (amerik.)	Pfd. 85
Weizenmehl 0	Pfd. 23	Auszugsmehl 00	Pfd. 26
Latscha's Konfektmehl			30
„das Beste was es gibt“ (in 2 und 5 Pfd. Original-Packungen) Pfd.			
Korinthen	Pfd. 60	Haselnußkerne	Pfd. 2.00
Korinthen	Pfd. 65	Mandeln	Pfd. 2.40
Sultaninen	Pfd. 60	Orangant	1/4 Pfd. 40
Kofosnub (geraspelt)	Pfd. 60	Zitronat	1/4 Pfd. 60
Columbus-Ei 10 Stück	1.45	Block-Schokolade 500 gr. Tafel	95
Rotwein	Ltr. 1.10	Tarragona	Ltr. 1.30

J. Latscha

Geschäfts-Eröffnung

Der verehrten Einwohnerschaft von Hochheim a. M. zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in dem Hause meiner Eltern, Massenheimerstraße 31 ein

* Friseur-Geschäft

eröffne. Empfehle mich in allen ins Fach schlagenden Arbeiten Anfertigung von Haarzöpfen, Puppenperücken u. s. w. Reichhaltigste Auswahl in Zigarren, Zigarretten u. Tabaken, Parfümerie und Seifen. Um geneigten Zuspruch bittet hochachtungsvoll

Josef Gredy, Friseur, Massenheimerstraße 31

H. B. Anlauf von ausgekämmten Haaren zu höchsten Preisen.

Ein fast neue eintreihige Zieh-Harmonika

zu verkaufen. Näheres Geschäftsst. Massenheimerstr. 25.

Sämtliche

Bücher

Einzelbände u. ganze Werke liefert zu Originalpreisen (bei größeren Aufträgen Rabatt)

die Buchhandlung,

H. Dreisbach, Flörsheim

Karthäuserstr. 6, Telefon 59.

Sie sind nicht im Bilde!

Ob Mann oder Frau, ich weiß es genau! Der Fräutigan, die Braut, ein jedes gern im Bild sich schaut. Auch ihr Kinder groß u. klein, bleibt am Sonntag nicht daheim. Kommt zur Wilhelmstraße 11, da wird alles noch geknüpft.

Atelier Hirschenhein, Hochheim.

Der größte Teil der Hochheimer Bevölkerung

weiß noch nicht, daß Sie bei mir alle Manufaktur-, W.-ig. und Wollwaren, sowie fertige Herren- und Knaben-Anzüge, Mäntel, Ulster und Lodenjoppen, Stoffe, ferner alle Berufs- und Freizeitkleidung preiswert kaufen können. — Ganz besonders vorteilhafte Weihnachtsangebote: Offiziere in Börsen, weiß und farbige, eigener Anfertigung. Burginshosen und Arbeitsshosen eigener Anfertigung. Ein großer Posten Pullover, Strickweilen für Herren, Damen und Kinder. — Ein Posten Selbstbinder (Selbst) zum Ausleihen St. 1 M. Moderne Herren-Kleider in vielen Preislagen. Ein Posten Strümpfe schwarz und farbig, reine Wolle; ferner Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Hemdenstoffe, Bettdecken, Bettuchdecken, Bettdecken, Bettdecken usw. Ganz besonderen Wert lege ich auf nur beste Qualitäten. Meine Abteilung Lebensmittel, bezieht auch nach wie vor weiter und halte mich bestens empfohlen.

Fritz Wolf, Hochheim a. M.

Plan 2

Weihnachts-Angebot!

Keine Lotterie! (Laut gerichtlicher Entscheidung) Keine Teilung!

100 Reichsmark bar

In gültiger Währung zahle ich jedem ohne Ausnahme, welcher den „Lustigen Gesellschaften“ (eine Sammlung harmloser Rätsel, Kunststücke und Spiele — monatlich 1 Heft à 25 Bg.) durch Voreinsendung von M. 3 — auf 1 Jahr abonniert und folgende Aufgabe richtig löst.

?	1	2	3	?
	4	5	6	
	7	8	9	

Von den 9 Feldern sind 8 so zu verändern, daß möglichst viele Verbindungen zur Summe 15 auf beliebige Weise ausgeführt werden können. Zur Lösung sind nur obige Zahlen zugelassen, doch steht es dem Löser frei, eine oder mehrere wiederholt zu verwenden und die übrigen fortzulassen, da es nur darauf ankommt, wie oft man 15 erreichen kann. Es genügt daher eine Lösung, welche gleichzeitig mit den M. 3 — bis zum 20. Dezember 1926 durch die Post einzusenden ist (Aufgabentempel entscheidet) und zwar entweder auf dem linken Abschnitt der Postanweisung oder Zahlkarte (R.-S.-Kto. 63834) oder brieflich nach Absendung der M. 3 —. Wer trotzdem mehrere Lösungen einreichen will, muß zu jeder eine Bestellung machen. Werden dagegen zu einer richtigen Lösung mehrere Bestellungen gemacht, so erhöht sich der Preisanspruch, der Anzahl der Bestellungen entsprechend, um je M. 100 — bis zum Höchstbetrage von M. 500 —, wenn die Bittsteller sich nicht an der Lösung beteiligen. Die richtige Lösung ist bei einem hiesigen Notar hinterlegt und wird am 22. Dezember dieses Jahres jedem Löser telegraphisch ausbezahlt, aber nur wenn der Abonnementsbetrag von M. 3 — rechtzeitig eingekandt wurde. F. Oderich, Verlag, Hamburg 19, Wiesenstr. 13

Alle Haushaltungen

die ihren Bedarf unter Ausschaltung des Händlergewinns decken wollen,

organisieren sich im Konsumverein



Was ist ein Konsum-Verein?

Er ist kein auf Gewinn gerichtetes kapitalistisches Unternehmen, sondern die Organisation der Verbraucher, welche sich mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, Handel und Produktion wieder ihrem natürlichen und ursprünglichen Zweck zuzuführen: dem Verbraucher, dem Volke zu dienen.

Im Konsumverein sind, im Gegensatz zum Privathandel, sämtliche Mitglieder und nicht irgendwelche kapitalistischen oder privaten Unternehmer, Eigentümer des Unternehmens.

Zunächst gilt es die Verteilung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen örtlich zu organisieren und die entsprechende Produktion vorzunehmen.

Die Mainzer Spar-, Konsum- und Produktions-Genossenschaft, e. G. m. b. H., betreibt zu diesem Zweck über 50 Verteilungsstellen, eine eigene Bäckerei mit 6 Doppel-Dampfbacköfen, eigenes Kohlengeschäft, eigene Kaffeerösterei, eigene Limonaden- und Selterswasser-Herstellung, eigene Sparkasse, eigene Feuer- und Lebensversicherung. Die Mitgliederzahl beträgt im letzten Geschäftsjahr über 25 000 Haushaltungen, der Umsatz nahezu 3 1/2 Millionen Mark.

Die nationale Eigenproduktion und der Groß- und Importhandel für die gesamten deutschen Konsumvereine ist Aufgabe der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg, welcher Gesellschaft unsere Genossenschaft als Mitglied angehört.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine,

deren Warenabzeichen abgekürzt mit G. E. G. bezeichnet wird, erzielte in diesem Jahre einen Umsatz von ca. 300 Millionen Mark, also täglich ungefähr 1 Million Mk. Sie betreibt über 40 eigene Fabrikationsbetriebe in allen Teilen Deutschlands. Alle Waren mit der Schutzmarke G. E. G. stehen unter der Kontrolle der Verbraucher. Sie sind in Güte und Preiswürdigkeit unerreicht; sie sind aber nur in den Verteilungsstellen unserer Genossenschaft zu haben.

Verbraucher! Hausfrau! Kannst Du nicht begreifen, daß Du angesichts der Tatsache, daß die kapitalistischen Unternehmungen sich immer enger zusammenschließen, nicht mehr länger einer solchen Verbraucherorganisation fernbleiben darfst? —

Der Beitritt in einen Konsumverein und die Betätigung darin heißt Rationalisierung unserer Wirtschaft zum Vorteile der Verbraucher, bedeutet zu verhindern, daß die Vorteile einer rationalisierten Wirtschaft ausschließlich in die Taschen der organisierten, privatkapitalistischen Unternehmungen fließen.

Verbraucher! Hausfrau!

trete darum noch heute als Mitglied ein in die

Mainzer Spar-, Konsum- u. Produktions- Genossenschaft e. G. m. b. H., Mainz



Jedermann kann Mitglied werden. Mitglieder-Anmeldungen nehmen sämtliche Verteilungsstellen an. Ein Beitrittsgehalt wird nicht erhoben. Der Geschäftsanteil von RM. 20. — kann durch die alljährlich zur Auszahlung kommende Rückvergütung angesammelt werden. Der Geschäftsanteil bleibt persönliches Eigentum des Mitgliedes.



Kosmetische Artikel



Kakao



Kerzen



Kokosfett



Röstkaffee



Tee



Rauchtabak



Kosmetische Artikel



Fischkonserven



Teigwaren



Zigaretten



Wolle



Bäckerei, pinsel



Textilwaren



Waschmittel